

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 75 Halbpennig wöchentlich, monatlich 2,00 Mark. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße 87, entgegen. — Preis: 1 Mark 50 Halbpennig. — Druck und Vertrieb: Verlag des Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87. — Druck: C. H. Schreyer, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87. — Preis: 1 Mark 50 Halbpennig.

Anzeigenpreis: Für die zeichnerische Millimeter-Feile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Rahmen 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87. — Druck: C. H. Schreyer, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87. — Preis: 1 Mark 50 Halbpennig.

Nummer 19

Halle (S.), 7. Mai 1927

3. Jahrgang

## Die Weltwirtschaftskonferenz.

Im Reformationsaal zu Genf — Das schmollende Spanien — Rußland, Amerika und die Türkei auf der Konferenz — Unselige Folgen der Friedensverträge — Das Problem der Rohstoffverteilung — Italienische Drohungen — Schulden und Damesplan — Die Aufzehrungen Lamonts — Die fremden Rüstungen — Poincaré neue Rede — Das halbrunde System — Die Befestigung der Obergrenzen — Vertragstreue — Die Präambel zu Teil 5 — Die vergrößerte Räumung — Abschlagszahlung in Sicht? — Vor einer innenpolitischen Krise — Kabinettsabstimmungen — Gefahren in Brüssel? — Die brüchige Koalition.

Im Reformationsaal zu Genf, der sonst den Zwecken des Völkerbundes dient, ist die Weltwirtschaftskonferenz zusammengetreten. Es ist wohl das erste Mal, daß versucht wird, die großen Probleme der Wirtschaft nicht nur zwischen Völkern, sondern sogar zwischen Erdteilen zu lösen von den 56 Staaten, die sonst am Lac Lemane vertreten sind, haben nur 47 die Einladung angenommen. Das Fehlen der übrigen besagt wenig, da sie an dem Weltmarkt nicht im eigentlichen Sinne angeschlossen sind. Seltener, daß Spanien, noch immer grollend über den entgangenen Ratschlag, die Einladung abgelehnt hat. Das ist umbedauerlicher, als vielleicht gerade dieses Land durch die Entwicklung der Luftschifffahrt und als Ausfallort nach dem raschen vordringen Südamerikas besondere Bedeutung gewinnen kann. Später, wenn sich die Erweiterung über den Völkerbund in Madrid gelegt haben wird, dürfte sich auch hier eine Brücke schlagen lassen. Die Bedeutung der Konferenz liegt vor allem darin, daß drei Mächte dort mit allseitigem Aufsehen erscheinen, die sonst Genf mit unerschütterlicher Abneigung gegenübersehen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Türkei und vor allem Rußland. Noch läßt sich das Ergebnis dieser Verhandlungen nicht im entferntesten voraussagen. Es ist ein erster Versuch, von dem niemand weiß, wie er ausfällt. Die alte der Probleme und das Nebenwerk von Interessenkonflikten erfordern eine mehrwöchentliche Verhandlung, es ist vermutlich in den Unterhandlungen abspielen werden. Was im Vordergrund steht, ist die Zollfrage, und er ist es besonders wichtig, daß selbst von Frankreich, so von London offen zugegeben wird, die Verträge von Versailles und St. Germain hätten mit der Ausschaffung in Staaten das Jollethum vergrößert. Es kommt alles drauf an, daß diese Erkenntnis sich auch praktisch in Leben umsetzt und daß man den Mut findet, über die Grenzen hinweg zu Entscheidungen zu drängen, die dem Europa auch weiter gerüttelten Hochsitzgoll-Anflug ein Ende setzen.

Das zweite, nicht minder wichtige Problem ist das der Rohstoffverteilung. Wenn Scovel vor wenigen Tagen erklärt hat, Italien müsse Kolonien und Rohstoffe haben, so gilt das auch für andere überdürrte Länder mindestens in gleichem Maße, nur daß sie nicht die sehr verhängnisvolle Drohung daran knüpfen, sich diese Rohstoffgebiete nötigenfalls mit den Waffen in der Hand zu erwerben. Als Divergenz zur Weltwirtschaftskonferenz, die doch friedlichen Ausgang nahe gemacht werden soll, mag das etwas reichlich alarmierend. Es sind Tine La Troubadour, oder Vida, die man ja in Italien besonders liebt, für die man aber außerhalb der Apenninhalbinsel weniger Verständnis hat. Die Rohstofffrage ist Europa solange überhaupt nicht zu lösen, als Rußland sich abschließt, denn das ehemalige Jarenreich wäre das größte Rohstoff-Reservoir der alten Welt, wenn es erschlossen werden könnte. In dem Augenblick, wann sich in Moskau dazu durchringt, das Handelsmonopol zu schaffen und auf dem ganzen Volkswirtschaft als Wirtschaftslehre zu verzeichnen, wäre Europa in der Lage, sich Ausnahme ganz weniger Produkte wie etwa Baumwolle, selbst zu versorgen. Bis dahin aber besteht die Abhängigkeit von Amerika, und das Problem lautet nicht Rohstoffverteilung, sondern Finanzierung des Rohstoffverkehrs. Diese finanzielle Frage wird überhaupt, wenn die Konferenz einen Sinn haben soll, zur entscheidenden werden. Daneben verhängt alles andere, wie Vertragsfragen, Wäse, rechtliche Bindungen usw., so bedeuten sie an sich auch sehr wenig.

Das Finanzproblem läßt sich auch auf eine andere Form bringen. Es ist die Schuldnerabhängigkeit der europäischen Nationen von Amerika, erschwert noch durch die Verschuldung untereinander. Könnte man heute im selben Maße den Wert aufbringen, die Kriegsschulden zu tilgen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß sich mit auch die deutschen Reparationsverpflichtungen verringern, so würde der Kauf der Rohstoffe keinerlei Schwierigkeiten mehr machen. Europa hätte das Geld, um Amerika keine Produktionsüberschüsse abzugeben, und es nicht mehr wie in vergangenen Jahren der Welt die Baumwolle verstromt werden müßten. Das jetzt die Hochwasserkatastrophe des Mississippi gewaltige Verluste gerade in den Baumwollgebieten angerichtet

hat, was zu einer Preissteigerung nachgedrungen führte und für alle amerikanischen Baumwollproduzenten geradezu Rettung bedeutet hat, zeigt, daß es sich hier eben um eine Absatzfrage handelt, die lediglich finanzieller Natur ist. Der Bedarf wäre ungeheuer, wenn das Geld vorhanden wäre, und dieses Geld wäre vorhanden, wenn es die Kriegierungen nicht zur Bezahlung der Schulden aus den Krediten Massen herauspumpen müßten. In Washington und New York hat man sich zu dieser Erkenntnis auch schon durchgeklämpft. Führende Männer der Wirtschaft und des Bankwesens haben in den letzten Tagen in diesem Sinne öffentlich gesprochen, so Sterer, der amerikanisches Mitglied des Sekretariates war, und vor allem Lamont, der Mitinhaber des Hauses Morgan. Eine solche Maßnahme ist aber schwer vollständig zu machen. Keine Partei weiß recht, ob sie das wagen darf, ohne sich einer Niederlage bei den nächsten Wahlen auszusetzen, und Demokraten sowohl wie Republikaner sind sich darüber klar, daß eine solche großzügige Entscheidung nicht nur wirtschaftlich günstig, sondern auch politisch verhängnisvolle Folgen haben könnte. Man würde einzelnen Staaten, wie etwa Frankreich und seinen Verbündeten im Osten geradezu das Geld in die Hand drücken, mit dem sie neue Rüstungen bezahlten. Eine an sich friedliche Tat würde vermute sich zu einer Kriegserklärung werden. Im Grunde genommen sind Männer dem Schlage Poincarés nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein Verhängnis für Europa.

Poincaré hat bei der Eröffnung des Generalrats des Mandatsdepartements eine Rede gehalten, die sehr stark unter dem seelischen Eindruck der Heimat stand. Die deutsche Grenze ist zu nah, und der Ministerpräsident als geborener Vorkämpfer hat hier in Jugendsagen seinen ganzen Satz gegen das Reich eingelassen. Da er ohnedies keine sehr bewegliche Natur ist, sondern sich ein einmal gefassten Ansichten festhält, so nimmt es auch nicht Wunder, wenn er in liebgewordenen Gepflogenheiten zurückfällt. Poincaré höhnt, er wäre wieder der alte geworden. In Wirklichkeit ist er sich immer treu geblieben, das sollten auch wir als seine Gegner anerkennen. Kleine Jugendschänderei, die er gelegentlich macht, weil es wirklich nicht mehr anders geht, zeigen keinen Wandel an. Er ist nur vom strengen System zum halbrunden übergegangen, nachdem ihm seine schwere Niederlage im Ruhrkampf und der besser gesagt bei den darauf folgenden Wahlen gezeigt hat, daß die Nation nicht ganz so will wie er. Wenn er die Währungen am Heeresstab und die Verringerung der Dienstzeiten als Beweis ehlicher Friedensliebe gefordert hat, so handelt es sich hier um einen Wochelstein. Sicherlich versteht er nichts von militärischen Dingen, aber die Sachverständigen haben es ihm gezeigt, denn sonst wären die Vorlagen nicht eingebracht worden, daß dadurch eine Konzession

**Demokraten, führt eure Kinder der Demokratischen Jugend**

tration der Kräfte erreicht, daß man also nicht schwächer, sondern stärker werde. In Frankreich ist heute im Kriegsfalle jeder Soldat oder dienstpflichtig. Das deutsche System ist schon im voraus bis zur höchsten Vollendung ausgearbeitet worden. Mit der Friedensliebe ist es also nicht ganz soweit her. Poincaré kann sich auch nicht darauf berufen, daß Frankreich von bewaffneten Großmächten bedroht ist. Die Laftade an sich wäre richtig, nur ist es dann umso wunderbarer, daß alle neuen Befestigungen an der Ostgrenze vorgenommen werden, während man von gleichen Maßnahmen an den Saonner Alpen nichts hört.

Poincaré hat auch von Vertragstreue gesprochen, ganz abgesehen von den üblichen Forderungen nach Sicherheit und Erfüllung finanzieller Verpflichtungen. Den Garantiepakt von Locarno hat er ungeschwiegen offenbart, obwohl Deutschland damals die größten Opfer dem französischen Wunsch nach Garantien gebracht hat. Leber die Frage der Erfüllung aus dem Damesplan hebt man besser in anderem Zusammenhang. Sie sind eine Frage der Weltwirtschaftskonferenz. Wohl aber ist es notwendig, auf den Begriff der Vertragstreue einmal einzugehen. Wir haben bis zur Selbstauflösung alle Forderungen des Friedensvertrages erfüllt. Wenige Restehende werden im Laufe des nächsten Monats ausgeglichen werden. Es handelt sich um die Bestimmungen. Man aber die Gegenfrage: Hat Frankreich seine Verpflichtungen erfüllt? Die Präambel zu Teil 5 des Friedensvertrages bestimmt, daß der deutsche Abfindung automatisch die der anderen zu folgen hat. Paul Boncour hat in Genf das ausdrücklich anerkannt, was es ja auch in dem Notenwechsel von Locarno nicht bestritten worden ist. Statt dessen hören wir nur immer wieder, daß Frankreich gewappnet sein muß und sehen, wie es jeden ehlichen Versuch zur Verminderung der Heeresstärke bewußt sabotiert. Die ängstliche Frage des politischen Vertreters auf der Abrüstungsvorkonferenz, ob Deutschland das etwa zum Anlaß nehmen würde, sich vom Friedensvertrage loszulösen, ist von uns verneint worden, doch besteht nicht der mindeste Zweifel darüber, daß Vertragsuntreue des einen Partners, dem anderen zur Aufhebung des Vertrages berechtigt. Ebenso steht es mit dem Artikel 431, der uns die frühere Räumung der Rheinlande zugesichert. Es sind ja gerade jetzt Schritte in Vorbereitung, um diese Frage wieder aufzurollen, doch ist leider anzunehmen, daß es bei einer Abschlagszahlung bleibt. Die Herausziehung einiger Mitglieder ist im Interesse der rheinischen Bevölkerung sicherlich zu begrüßen, aber die Erfüllung der Friedensvertragsbestimmungen ist es nicht. Herr Poincaré sollte in künftiger Rede vorsichtiger sein.

Die innere Politik steht voraussichtlich nur einer entscheidenden Wendung, die man allerdings nicht von heute zu morgen erwarten kann, sondern auch einige Zeit der Vorbereitung benötigt. Sergt und Westart haben zwar erklärt, daß sich das Zusammenarbeiten im Kabinett rechtsungs abschließen, doch entspricht das in keiner Weise den Tatsachen. Es hat selten in der Reichsregierung so wenig Harmonie gegeben, wie gerade jetzt. Im Gegensatz zu früheren Zeiten ist es üblich geworden, daß jede Frage durch Abstimmungen erledigt werden muß, also eine Mehrheitsentscheidung gar nicht erzielt werden kann. Der Fall ist ja gar nicht so selten, daß der Reichskanzler zwischen zwei gleich starken Parteien durch seine Stimme den Ausschlag gibt. Das Gegenteil wäre auch sehr selten, da die Differenzen offen zutage liegen. Stresemann und Curtius sowie Köhler prägen von der Notwendigkeit des Welthandels und des Absatzes der Felle, für deren Erhöhung Schiele in Bielefeld eintrat. In der Kulturfragen haben sich Deutsche Volkspartei und der schwarz-blau-Weiß unverwundlich gegenüber. Alle Randgebungen dieser liberalen Partei waren auf Abschaffung des Konkordats und des Reichsschulgeldes gerichtet. Es gilt nicht als ausgeschlossen, daß bei dem Absterben des Stresemann einem Reichskanzler leiste, ein Konkordat für Frankreich zunächst zum Zentrum erstrebt wird und daß es darüber auch zu einem Versuch in der jetzigen Konfession des Landtages kommt. Sehr ängstlich soll man diese Dinge nicht betrachten, weil die Möglichkeit einer Neubildung gar nicht vorhanden ist, da hier sich die Volkspartei verlagern muß. Eine Landtagsauflösung kann immerhin in Betracht kommen, doch würden wir sie nicht. Ebenso wie wir eine Neuwahl im Reich zur Klärung für notwendig halten. Um das Bild der Verworfenheit zu vervollständigen, braucht man auch nur auf die Meinungsverschiedenheiten in den außenpolitischen Fragen hinzuweisen, wo Zentrum und Volkspartei gegen die Deutschnationalen zusammengehen. Die ständigen Angriffe der Rechten gegen die bisher geübte Politik dürften auch Herrn Marx zu der Erkenntnis bekehrt haben, daß man mit Westart und Genossen gemeinsam nicht den Weg von Thoirn und Locarno weiter beschreiten kann. Es drängt alles zu einer gewalttätigen Lösung. Richard Ma.





machen auch unsere Parteifreunde auf diesen Vortrag besonders aufmerksam, weil diese Versammlung des Handwerkers eine öffentliche ist und also von jedem besucht werden kann.

### Soziales.

#### Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung.

Nach dem nunmehr geltenden Gesetz stellen sich die Beiträge in der Invalidenversicherung nach Aufstellung einer neuen Lohnklasse VII für einen Wochenverdienst von über

36 Reichsmark in der Lohnklasse:

I	30 (bisher 25) Reichspfennig,
II	66 ( " 50) " "
III	90 ( " 75) " "
IV	120 ( " 100) " "
V	150 ( " 120) " "
VI	180 ( " 140) " "
VII	200 " "

Mit dem 27. Juni 1927 treten die neuen Beitragssätze in Kraft. Vom 1. August 1927 sind rückständige Beiträge nach den neuen Sätzen zu entrichten. Jedoch gilt die neue

Lohnklasse VII erst ab 1. Januar 1928, und sind bis dahin den Versicherten, deren Wochenverdienst 36 Reichsmark übersteigt, Beiträge nach Klasse VI (1,80 RM.) vorzuzahlen. Die Beiträge in der neuen Lohnklasse VII sind in Abzug zu bringen.

### Neue Bücher.

Der Kampf um die Reichsfarben! Im Turm lag M. S. Lampe-Göttingen ist eine Broschüre über die Reichsfarben, die die Geschichte der deutschen Farben von D. von der Hagen zum Preise von 80 Pfg. erschienen.

# Florentiner-Hüte

die große  
Model



Florentiner Hut  
mit entzückender  
Blütentuff . . . . . 16<sup>50</sup>



Florentiner Hut  
mit reizender Band- und  
Blumengarnitur . . . . . 19<sup>50</sup>

Verkauf  
1. Stock

Jugendlicher Seidenhut  
aparte Verarbeitung, mit Litznadel . . . . . 2<sup>95</sup>

Damenhut jugendliche Aufschlagform, aus Strohkstoff, mit aparter Fächer garnitur . . . . . 4<sup>95</sup>

Frauenhut extra große Weiten, aus moderner Phantasieborste, mit Rinsband verarbeitet . . . . . 5<sup>95</sup>

Jugendlicher Hut echt Gagelstroh,  
Kappenkopf, auch für Bubiköpfe . . . . . 5<sup>95</sup>

Damenhut kleidsame Schute,  
aus modern meliertem Phantasiestroh . . . . . 6<sup>90</sup>

Flotter Damenhut  
entzückende aufgeschlagene Form mit Nadelgarnitur . . . . . 7<sup>90</sup>

Damenhut echt Plootstroh, mit reizender Blumengarnitur, in modernen Farbtönen . . . . . 9<sup>75</sup>

## Lange & Münzer

Breiteweg 51-52

### In unserem Spezialgeschäft



### Jakobstraße 42

finden Sie eine große Auswahl in

Washseiden, moderne Muster . . . . .	2.50	2.25	1.80	1.40
Kunstseiden in diversen Farben . . . . .	2.-	1.75	1.25	
Crêpe-marocaine . . . . .			4.05	3.50
Volle, bedruckt . . . . .			2.75	2.25
Wollmusseline, neue Muster . . . . .	3.40	2.75	1.60	
Baumwollmusseline . . . . .	1.05	0.82	0.74	0.65

### Unsere Schuhwaren-Abteilung

bringt wunderbare Neuheiten in Damenhalbschuhen in Lack, Nubuck, Krokro und hellfarbigen Damenhalbschuhen

## Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend

### Möbel

Serren, Speise-,  
Schlafzimmer  
etwa u. imitiert  
Küchen und einzelne  
nüss. Schränke u. Verkle  
Gottfr. Heinrich  
Fischermeister  
Schönebeckstr. 9.

D. D. P.  
Fernsprecher  
8095

### Salzquelle

Jeden Sonntag:

### Konzert

Anschließend  
Tanzkränzchen.

### Hohenzollern-Park

Jeden Dienstag, Mittwoch

Donnerstag ab 3 1/2 Uhr

### Kaffee-Konzert

mit  
Kleinkunst-Bühne.

### Franz Pützkul

Empfehle:  
Hüte, Mägen, Schirme, Wäse,  
Krawatten, Stöcke, Handschuhe,  
Hosenträger.  
Magdeburg - N  
Lübecker Straße 120

### Kaufe im Konsumverein

### Wilhelm Kobel's

### ff. Wurstwaren

### ff. Fleischwaren

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fab  
Magdeburg  
Bärplatz Fernruf 728

### Auto-Privat-Fahrschule

Ob.-Ing. Val. Bohland

gerichtlich beedigter Sachverständiger  
für das Kraftfahren.

Ausbildung von Kraftfahrzeugführern  
zu kulantesten Bedingungen und  
mit bestem Erfolg.

Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing  
Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

### Adressen

jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen  
der bekannte Dresdener

Adressen-Verlag G. Müller  
Dresden-N. 6, Königsbrücker Platz 2

(Bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)  
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

### Hotel u. Restaurant

### „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thurnagel.

### PETZON

Magdeburg

Breiter

eine Treppe

Weg 168

### J. BORMANN

Große Münzstraße 2

Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Besuchs-  
taschen :: Aktenmappen :: Rucksäcke :: Sportartikel  
sowie andere Geschenkartikel.

### KAVAUMA

KRANKKASSE DES  
KAUFMÄNNISCHEN  
VEREINS | GEGR. 1899

DIE BESTE  
VERSICHERUNG  
GEGEN  
KRANKHEIT

Freunde!  
Werbt Deiner!

## Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei.

### II.

#### Der großdeutsche Einheitsstaat. Die Aussprache.

Der Abgeordnete K o s ch führte zum Groß-Hamburg-Probleme aus, es sei ein Reichsinteresse, daß ein leistungsfähiger Hafen vorhanden ist. Der Reichsinnenminister müsse die Vermittlung auf diesem Gebiet übernehmen und ein solches Vermittlungsangebot dürfe nicht abgelehnt werden. Wenn eine solche Vermittlung nicht zu einer Einigung führt, dann müsse der Wille des Volkes auf diesem Gebiet durch ein Reichsgesetz auf Grund des Art. 18, Abs. 1 der Reichsverfassung durchgeführt werden. Was den Einheitsstaat anlangt, so sei die deutsche Jugend und die deutsche Vergangenheit in ihren wesentlichen Trägern mit den Demokraten für den Unitarismus. Damit seien die Demokraten bessere Erben des Nationalliberalismus als diejenigen, die sich jüngst in Hannover dafür ausgesprochen. Die Demokraten hielten es mit dem Freiherrn v. Stein, der gesagt hat: „Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland!“ Dem gesamten Deutschland und nicht einem Teil mit anderer Seele ergeben zu sein, sei Kern und Stern der demokratischen Politik.

Anstelle des erkrankten Professors A p e l t sprach dann der Lüneburger Oberbürgermeister L u p p e. Er führte aus: 1919 hätten wir alle gehofft, ein großes Stück weiter zum Ziele des Einheitsstaats zu kommen, als dann in Weimar erreicht wurde. Seitdem sind noch manche ricklängliche Bewegungen zu verzeichnen, wie sie in der ersten bayerischen Denkschrift auch zum Ausdruck kamen, und es schien, als wenn der Gedanke des Einheitsstaats nicht vorankommen könnte.

Was namentlich die finanziellen Nöte von Reich, Ländern und Gemeinden haben den Gedanken des Einheitsstaats wieder besonders lebendig werden lassen. Das hat sich auch auf der Tagung des Republikanischen Reichsbundes gezeigt, wo sich das Zentrum vertreten war. Das Anhänger der Deutschen Partei ebenfalls für den Einheitsstaat eintreten, hat den Herr K o s ch erwähnt. In der Sozialdemokratie mehren sich ebenfalls die mutigen Bestrebungen, die die Weimarer Verfassung nicht ausgeführt wird, kann nur als Rückschlag gewertet werden. Bären hat seine Finanzhoheit zugunsten anderer Reichsaktionen aufgegeben. Wenn aber die Finanzhoheit nicht mehr vorhanden ist, dann kann man von Staatshoheit auch nicht mehr sprechen.

Stark ist aber die Gefahr, daß wir uns zwar dem Einheitsstaat nähern, aber vorher die Dezentralisation, die Selbstverwaltung, zerrüttern. Würde diese Zerrütterung vollzogen sein, dann wäre ein Refusit erzielt, das wir nicht wollen. Wir wollen, daß auch im Einheitsstaat die künftigen Generationen sich auswirken können. Bisher treibt das Reich den Ländern gegenüber und die Länder den Gemeinden gegenüber eine Zerrütterung der Selbstverwaltung. Das Reich hat z. B. dem Gebiete der Erwerbslozenfürsorge eine Zentralisation abgeschafft, die durchaus schädlich sein muß, weil das Gebiet der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslozenfürsorge eine der wichtigsten gemeindlichen Aufgaben ist. Andererseits haben Länder den Gemeinden gegenüber namentlich auf dem Gebiete der Schulpolitik die Zentralisation bis auf die Spitze gebracht mit dem Ziele, daß im kleinsten Dorfe dasselbe getrieben wird, wie in der größten Stadt. D. h., auf schulpolitischen Gebieten das Gesamtniveau nach unten brächen, weil die Initiative gerade auf dem Gebiete der Schule immer in den Händen lag. Gewiß sind bisher Mängel der Ausführung der Anforderungen des Reiches vorhanden, aber nur, weil den kleinen Gemeinden und den armen Kreisen die nötigen Mittel zur Ausführung fehlten.

Daß zur Schaffung des notwendigen Einheitsstaats Preußen nicht zerrüttert zu werden braucht, ist heute selbstverständlich. Der ungelöste Gedanke, daß die anderen Länder in Preußen aufgehen sollten, wird auch nicht zum Ziele kommen. Tugend ein Weg muß aber gesucht werden und zwar ein Weg der Selbstverwaltung der Länder erhalten läßt; denn die übertriebene Zentralisation hat sich oft als sinnlos herausgestellt. Sinnlos ist die einheitliche Festsetzung des Existenzminimums für das kleinste öpreußische Dorf wie für die Weltstadt Berlin, als ob im kleinsten Dorfe die Lebenskosten nicht höher wären als in der größten Stadt.

Diese einheitliche Festsetzung hat als Ergebnis gehabt, daß manchen Gemeinden heute niemand mehr Steuern zahlt. In solchen Fällen werden natürlich die Länder Regierungskosten im Reich geltend. Daß beim Reichshaushaltsausgleich manche der besonders benachteiligten Gemeinden sich um die Erhaltung der Gestaltener abständig gemacht von ihrer politischen Haltung gegenüber der Regierung.

Zur Durchführung des Gedankens des Einheitsstaats zwei Wege gangbar. Einmal, daß die Zuständigkeit dieses ausgedehnt wird; zum anderen muß der Weg gesucht werden, daß die Länder freiwillig im Reich aufgehen. Ist überflüssig, daß z. B. der Reichsstaatsgesetzentwurf vor

seiner Verabschiedung in sämtlichen Länderministerien durch Sachverständige vorberaten wird. Viele Länder haben garnicht die Möglichkeit, für jede derartige Frage Sachverständige einzusetzen. Ebenso überflüssig sind die Ausführungsgesetze der Länder. Eine ganze Reihe von kleinen Ländern prüft selbst ihre Ueberflüssigkeit. Es handelt sich darum, ihnen den Weg zu zeigen, wie sie auf anständige Weise verschwinden können. Der Weg, in Preußen aufzugehen, ist ihnen zu genehmlich, würde auch Widerspruch der anderen größeren Länder, insbesondere der süddeutschen Staaten, hervorgerufen und ist also nicht gangbar. Ich bin der Meinung, die kleinen Länder sollten freiwillig in die Verwaltung des Reichs übergehen können, nicht als Reichsprovinzen. Die Länder müssen in ihrer Selbständigkeit bestehen bleiben; aber Parlamente und Regierungen der Länder müssen verschwinden, und die betreffenden Aufgaben der Länder auf Reichs- und Reichsregierung übergehen. Dann kann das Reich eine wirkliche Dezentralisation durchzuführen. Im Reichs-

#### D. D. P. Magdeburg Altstadt-Süd.

Dienstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr in Restaurant „Zum Tauchzien“ (Taubengießerstr. 6)

#### Vortragsabend

1. Der südliche Schlach und Viechhof, Stadttrat W. Rohelt.
2. Eindruck und Verlauf des Hamburger Parteitages. Städt. D. Ulbre.

Gäste willkommen.

rat kann zunächst nichts geändert werden, weil dort jede Aenderung eine schwere Erschütterung hervorgerufen würde, in dem ohnehin schon existierenden Stimmenapparat. Es muß daher ein Weg gefunden werden, der auch weiter eine Vertretung der kleinen Länder im Reichsrat ermöglicht. Dieser Weg erscheint, wie ich aus Rücksprachen mit einer ganzen Anzahl führender Personen kleiner Länder weiß, dort durchaus diskutabel. Man sollte diesen Weg öffnen und durch freiwillige Einigung zwischen Reich und Ländern einen Teil der Ueberorganisation verschwinden lassen. Es muß auch der Weg gefunden werden, wie Preußen im Reich aufgehen kann, und wie Reichsregierung und Reichstag die Verwaltung Preußens übernehmen können, jedoch der bisherige Dualismus verschwinden. Auch der Ministerpräsident Braun hat erklärt, Preußen wolle im Reich aufgehen. Der psychologisch geeignete Augenblick hierfür rückt aber erst dann näher, wenn zuvor kleine Länder im Reich aufgegangen sein werden.

All diese schwierigen Umgemeindungsprobleme könnten aber nur auf dem Wege über den Einheitsstaat wirklich restlos gelöst werden, nämlich durch eine Neuordnung der Landesgrenzen und durch das Zusammenrücken der wirtschaftlich zusammengehörigen Gebiete. Solche wirtschaftlichen Probleme gingen heute nicht nur über Gemeinden, sondern über Landesgrenzen hinaus; und Landesgrenzen dürften kein Hindernis für die Wirtschaft sein. In absehbarer Zeit müßten wir über die Landesgrenzen hinweg den Einheitsstaat aufbauen. Alle Wege, die zu diesem Ziele führen, müßten verfußt werden. Der Einheitsstaat dürfte aber nur aufgebaut sein auf der Selbstverwaltung. Nur das liege im Interesse des gesamten deutschen Volkes. (Lebh. Beifall.)

In der Aussprache nahm als erster Redner der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Altshoff das Wort, der sich zunächst zum Thema:

#### „Bundesstaat oder Einheitsstaat“

nach seinen Erfahrungen als preussischer Minister äußerte. Er beschiede besonders auch aus außenpolitischen Gründen den Einheitsstaat als erstrebenswert. Das Verhältnis des Reiches zum größten Lande Preußen beruhe die Schwierigkeiten in sich, z. B. auf dem Gebiete der Seebundung und der Wasserstraßenverwaltung. Die Reibungen zwischen den beiden Verwaltungszentralen des Reiches und Preußens verflüchten ein Drittel der ganzen Arbeitskraft, die im preussischen Ministerium überhaupt aufgewandt werden müßte. Die jetzige Gliederung des

Reiches sei unhaltbar. Die Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung müsse man als einen Krebschaden bezeichnen. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen dem Reich und Preußen hätten zu erschütternden Kämpfen geführt. Sowohl im Reich wie in Preußen seien eigene Steuererwerbungen vorhanden, und die sich daraus ergebende Doppelarbeit werde unerträglich. Es bestüge leider jetzt nicht die Möglichkeit, den geliebtesten Einheitsstaat durchzuführen, obgleich dies der einzig gangbare Weg wäre. Eine Zerstückelung Preußens komme nicht in Frage, da man damit dem Reich seinen stärksten Rückhalt nehmen würde. Auch die Neubildung und Umbildung von Ländern im Reichslande lehnte der Redner ab und bezeichnete Kompetenzverteilung im Reich als notwendig. Die Steuerumwandlung dürfe lediglich Sache des Reiches sein, allerdings unter Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung. Auch die Zustimmung müsse Reichsangelegenheit werden.

Preußen habe auch dem Reich seinerzeit die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts vorgeschlagen. Dr. Höpfer-Altshoff betonte, daß diese Kompetenzverteilung jedoch ihre Grenze finden müsse in der geschlossenen Allgemeinverwaltung. Zu fordern sei die Vereinigung der kleineren norddeutschen Staaten mit Preußen. Die Reichsverwaltung müsse die Verwaltung dieses Gebietes übernehmen. Dieser Weg sei angesichts der Haltung der süddeutschen Staaten einzig möglich. Der Redner hob hervor, daß Preußen dem Reich stets seine Unterstützung geliehen habe, besonders auf dem Gebiete der Außenpolitik. Zur Durchsetzung aller dieser Forderungen müsse man aber vor allem die Köpfe revolutionieren. (Lebh. Beifall.)

Ministerialdirektor Bö h m e-Sachsen wies darauf hin, daß bereits die Weimarer Verfassung die Wandlung vom Bundesstaat zum Einheitsstaat gebracht habe. Der deutsche Einheitsstaat müsse auf der Grundlage der Selbstverwaltung aufgebaut werden, was die Bildung eines besonderen preussischen Norddeutslands ab.

Oberbürgermeister Bö h m e-Berlin betonte, der heutige Parteitag sei als eine Reaktion auf die Politik der jetzigen Reichsregierung anzusehen. Es herrsche der Eindruck vor, als ob die neue Reichsregierung eine föderalistische Politik treiben wolle. Die bisherige Reichspolitik und auch die Politik vieler Länder habe eine Verdröhnung und teilweise einen Abbau der Selbstverwaltung gebracht. Dem Reich müsse die Finanzhoheit bleiben. Der große demokratische Gedanke der Mitarbeit des Staatsbürgers an der Selbstverwaltung sei durchaus anzuern kennen. Bei einer Kompetenzverteilung im Reich müsse eine neue Selbstverwaltung geschaffen werden. Vor allem sei aber notwendig, die Beamten am Einheitsstaat zu interessieren. (Lebh. Beifall.)

Oberbürgermeister Peter sen-Hamburg, mit Beifall begrüßt, erklärte, er könne nur unterstreichen, was der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Altshoff als preuß. Tradition dargestellt habe. Hoffentlich löse sich die die großzügige Auffassung Dr. Höpfer-Altshoffs auch in anderen preussischen Angelegenheiten durch.

Die große Mehrheit der Hamburger Bevölkerung sei der Auffassung, daß sie in erster Linie Deutsche sind. Die große Aufgabe der Demokratie sei, den deutschen Einheitsstaat zu schaffen. Dann müsse auch Hamburg, ebenso wie die anderen deutschen Länder im Interesse dieses großen Gedankens wirken. Eine große Aufgabe des Parteitages müsse die Bekämpfung der Frage sein, als ob es heute noch eine größere Ausdehnung der Souveränität der Länder gäbe. Auf dem Wege zum unitarischen Staat ist die Finanzverwaltung und die Finanzangelegenheit einheitslich geworden. Während unter Bismarck das Reich der Kolonnen der Länder war, sind die Länder heute die Kolonnen des Reiches. Das Reich nimmt heute den Ländern die Einnahmen weg und vermerkt durch reichsrechtliche Vorschriften außerdem noch die Lasten der Länder. Dadurch wird alles, was Selbstverwaltung ist, geradezu gelöst. Hamburg z. B. dessen Hafen wie jeder andere Welthafen ein Zuschußgebiet sei, der zuletzt ein schätliches Defizit von 30 bis 40 Millionen hatte, konnte vor der Weimarer Verfassung dieses Defizit aus der Besteuerung seiner Kaufmannschaft herausholen. Heute sind Hamburg insbesondere durch den letzten Finanzausgleich nicht einmal die richtigen Anteile ihres Zuschusses erhalten. Hamburg soll 5 Millionen jährlich weniger bekommen, nur weil die Bayerische Volkspartei erklärte, weniger zu zahlen, mehr zu erhalten, wurde sie aus der Koalition austreten. Das bedeutet, daß man Hamburg die Kraft entzieht, seinen Hafen hochzuhalten. Dadurch wird die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit leiden, denn die Waren werden, wenn Hamburg keine günstigen Tarife mehr stellen kann, einfach über Antwerpen und Amsterdam gehen. Eine solche Politik des Reiches ist unmöglich. (Lebh. Zustimmung.) Man hat Hamburg im Reichsrat zu bestimmen verfußt, nicht gegen die Politik zu stimmen. Aber der Reichsrat ist ja so ohnmächtig, weil die Stimmen dort ebenso wie im Reichstag weniger nach allgemeinen deutschen, als nach bayerischen und preussischen Gesichtspunkten abgegeben werden. Sagt man noch, daß sogar bayerische sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, obwohl sie zur









# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 25 Halbpennig monatlich, wöchentlich 4 Halbpennig. — Bestellungen nehmen alle auswärtigen Buchhändler, Briefträger und der Verlag (Galle, Leipzigerstraße Nr. 87, Leipzig). — Einzelhefte 5 Halbpennig. — Preis: 1 Mark 25 Halbpennig. — Bestellungen nehmen alle auswärtigen Buchhändler, Briefträger und der Verlag (Galle, Leipzigerstraße Nr. 87, Leipzig). — Einzelhefte 5 Halbpennig.

Anzeigenpreis: Für die zeichnerische Millimeter-Feile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Rahmen 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Galle (Galle), Leipzigerstraße Nr. 87. — Preis: 1 Mark 25 Halbpennig. — Bestellungen nehmen alle auswärtigen Buchhändler, Briefträger und der Verlag (Galle, Leipzigerstraße Nr. 87, Leipzig). — Einzelhefte 5 Halbpennig.

Nummer 19

Halle (S.), 7. Mai 1927

3. Jahrgang

## Die Weltwirtschaftskonferenz.

Im Reformationsjahr zu Genf — Das schmollende Spanien — Rußland, Amerika und die Türkei auf der Konferenz — Unselige Folgen der Friedensverträge — Das Problem der Rohstoffverteilung — Italienische Drohungen — Schulden und Damesplan — Die Aufzehrungen Lamonts — Die färenden Rüstungen — Poincaré neue Rede — Das halbtarare System — Die Befestigung der Obergrenzen — Vertragstreue — Die Präambel zu Teil 5 — Die vergrößerte Räumung — Abschlagszahlung in Sicht? — Vor einer innenpolitischen Krise — Kabinettsabstimmungen — Gefahren in Preußen? — Die brüchige Koalition.

Im Reformationsjahr zu Genf, der sonst den Zweiten des Vorkrieges dient, ist die Weltwirtschaftskonferenz zusammengetreten. Es ist wohl das erste Mal, das verhandelt wird, die großen Probleme der Weltwirtschaft nicht nur zwischen Völkern, sondern sogar zwischen Völkern zu lösen von den 56 Staaten, die sonst am Lac Lemane vertreten sind, haben nur 47 die Einladung angenommen. Das Fehlen der übrigen besagt wenig, da sie an dem Weltbündnis nicht im eigentlichen Sinne angeschlossen sind. Selbstverständlich, daß Spanien, noch immer grollend über den entgangenen Ratstag, die Einladung abgelehnt hat. Das ist umbedauerlich, als vielleicht gerade dieses Land durch die Entwicklung der Luftschiffahrt und als Ausfallort nach dem russischen Sibirien eine besondere Bedeutung gewinnen kann. Später, wenn sich die Erbitterung über ein Vorkriegsland in Madrid gelegt haben wird, dürfte sich auch hier eine Brücke schlagen lassen. Die Bedeutung der Konferenz liegt vor allem darin, daß drei Mächte dort mit äußerster Aufmerksamkeit erscheinen, die sonst Genf mit unerbittlicher Abneigung gegenübersehen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Türkei und vor allem Rußland. Noch läßt sich das Ergebnis dieser Besprechungen nicht im entferntesten voraussagen. Es ist ein erster Versuch, von dem niemand weiß, wie er ausfällt. Die Hilfe der Konferenz ist eine mehrwöchentliche Verhandlung, die sich vermutlich in den Unterhandlungen abspielen werden. Was im Vordergrund steht, ist die Zollfrage, und vor allem die Zollfrage, die selbst für den französischen, der von Vorkrieges offen zugegeben wird, die Vorteile von Versailles und St. Germain hätten mit der Aufzehrung von Staaten das Jollend vergrößert. Es kommt alles darauf an, daß diese Erkenntnis sich auch praktisch in Tat umsetzt und daß man den Rat findet, über die Obergrenzen zu Entscheidungen zu drängen, die dem Europa auch weiter gerüttelnden Hochschulzoll-Ansatz ein Ende bereiten.

Das zweite, nicht minder wichtige Problem ist das der Rohstoffverteilung. Wenn Scario vor wenigen Tagen erklärt hat, Italien müsse Kolonien und Rohstoffe haben, so gibt das auch für andere überforderte Länder mindestens in gleichen Maße, nur daß sie nicht die sehr verlässliche Drohung daran knüpfen, sich diese Rohstoffgebiete mit den Waffen in der Hand zu verschaffen. Als Divergenz zur Weltwirtschaftskonferenz, die doch friedlichen Ausgangs naher gemacht werden soll, liegt das etwas reichlich alarmierend. Es sind Töne la Troubadour, oder Vida, die man ja in Italien besonders liebt, für die man aber außerhalb der Apenninenhöhen weniger Verständnis hat. Die Rohstofffrage ist Europa solange überhaupt nicht zu lösen, als Rußland sich abschließt, denn das ehemalige Jarenreich wäre das größte Rohstoff-Reservoir der alten Welt, wenn es sich erschließen werden könnte. In dem Augenblick, wo man sich in Moskau dazu durchringt, das Handelsmonopol zu schaffen und auf dem ganzen Bolschewismus als Wirtschaftstheorie zu verlagern, wäre Europa in der Lage, sich für Ausnahme ganz weniger Produkte wie etwa Baumwolle, selbst zu versorgen. Bis dahin aber besteht die Abhängigkeit von Amerika, und das Problem lautet nicht Rohstoffverteilung, sondern Finanzierung des Rohstoffverkehrs. Diese finanzielle Frage wird überhaupt, wenn eine Konferenz einer Sinn haben soll, zur entscheidenden werden. Daneben verhandelt alles andere, wie Vertragstreue, Rüstungen, rechtliche Bindungen usw., so bedeutet sie an sich auch sein mögen.

Das Finanzproblem läßt sich auch auf eine andere Art bringen. Es ist die Schuldnerabhängigkeit der europäischen Nationen von Amerika, erschwert noch durch die Verschuldung untereinander. Könnte man heute im eigenen Hause den Mut aufbringen, die Kriegsschulden zu erlösen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß sich damit auch die deutschen Reparationsverpflichtungen erledigen, so würde der Kauf der Rohstoffe keinerlei Schwierigkeiten mehr machen. Europa hätte das Geld, um Amerika keine Produktionsüberschüsse abzumüssen, die man nicht mehr in verangenehmen Jahren der Weizen und Baumwolle verbrannt werden müßten. Daß jetzt die Hochwasserkatastrophe des Mississippi genalige Verstärkungen gerade in den Baumwollgebieten angerichtet

hat, was zu einer Preissteigerung nachgedrungen führte und für alle amerikanischen Baumwollfarmen geradezu Rettung bedeutet hat, zeigt, daß es sich hier eben um eine Absatzfrage handelt, die lediglich finanzieller Natur ist. Der Bedarf wäre ungeheuer, wenn das Geld vorhanden wäre, und dieses Geld wäre vorhanden, wenn es die Kreditoren nicht zur Bezahlung der Schulden aus den Krediten herauspumpen müßten. In Washington und New York hat man sich zu dieser Erkenntnis auch schon durchgesetzt. Führende Männer der Wirtschaft und des Bankwesens haben in den letzten Tagen in diesem Sinne öffentlich gesprochen. So Sterer, der amerikanisches Mitglied des Transferrates war, und vor allem Lamont, der Mitinhaber des Hauses Morgan. Eine solche Meinungnahme ist aber schwer vollständig zu machen. Keine Partei weiß recht, ob sie das wagen darf, ohne sich einer Niederlage bei den nächsten Wahlen auszuweichen, und Demokraten (sowohl wie Republikaner) sind sich darüber klar, daß eine solche großzügige Entscheidung nicht nur wirtschaftlich günstige, sondern auch politisch verhängnisvolle Folgen haben könnte. Man würde einzelnen Staaten, wie etwa Frankreich und seinen Verbänden im Osten geradezu das Geld in die Hand drücken, mit dem sie neue Rüstungen beschaffen. Ein solches friedliche Tat würde vermehrt sich zu einer Kriegserklärung werden. Im Grunde genommen sind Männer vom Schlage Poincarés nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein Verhängnis für Europa.

Poincaré hat bei der Eröffnung des Generalrats des Handelsdepartements eine Rede gehalten, die sehr stark unter dem sechsten Eindruck der Heimat stand. Die deutsche Grenze ist zu nah, und der Ministerpräsident als geborener Lothringer hat hier in Jugender Jahren seinen ganzen Haß gegen das Reich eingeworfen. Da er ohnedies keine sehr bewegliche Natur ist, sondern ja ein einmal gefassten Ansichten festhält, so nimmt es auch nicht Wunder, wenn er in liebgewordenen Gepflogenheiten zurückfällt. Populäre höflich, er wäre wieder der alte geworden. In Wirklichkeit ist er sich immer treu geblieben, das sollten auch wir als seine Gegner anerkennen. Keine Jugendstimmung, die er gelegentlich macht, weil es wirklich nicht mehr anders geht, zeigen seinen Wandel an. Er ist nur vom klaren System zum halbtararen übergegangen, nachdem ihm seine schwere Niederlage im Ruhrkampf und der besser gesagt bei den darauf folgenden Wahlen gezeigt hat, daß die Nation nicht ganz so will wie er. Wenn er die Weltreise am Hereserast und die Verringerung der Dienstleistungen als Beweis ehelicher Friedensliebe gefordert hat, so handelt es sich hier um einen Wollaten. Sicherlich versteht er nichts von militärischen Dingen, aber die Sachverständigen haben es ihm gesagt, denn sonst wären die Vorträge nicht eingebracht worden, daß dadurch eine Konzen-

### Demokraten, führt eure Kinder der Demokratischen Jugend

Die Finanzprobleme läßt sich auch auf eine andere Art bringen. Es ist die Schuldnerabhängigkeit der europäischen Nationen von Amerika, erschwert noch durch die Verschuldung untereinander. Könnte man heute im eigenen Hause den Mut aufbringen, die Kriegsschulden zu erlösen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß sich damit auch die deutschen Reparationsverpflichtungen erledigen, so würde der Kauf der Rohstoffe keinerlei Schwierigkeiten mehr machen. Europa hätte das Geld, um Amerika keine Produktionsüberschüsse abzumüssen, die man nicht mehr in verangenehmen Jahren der Weizen und Baumwolle verbrannt werden müßten. Daß jetzt die Hochwasserkatastrophe des Mississippi genalige Verstärkungen gerade in den Baumwollgebieten angerichtet

Poincaré hat auch von Vertragstreue gesprochen, ganz abgesehen von den üblichen Forderungen nach Sicherheit und Erfüllung finanzieller Verpflichtungen. Den Garantiepakt von Locarno hat er inwieweit offenbar vergessen, obwohl Deutschland damals die größten Opfer dem französischen Wunsch nach Garantien gebracht hat. Ueber die Frage der Erfüllung aus dem Damesplan redet man besser in anderem Zusammenhang. Sie sind eine Frage der Weltwirtschaftskonferenz, wohl aber ist es notwendig, auf den Begriff der Vertragstreue einmal einzugehen. Wir haben bis zur Selbstauspöckerung alle Forderungen des Friedensvertrages erfüllt. Wenige Restposten werden im Laufe des nächsten Monats ausgeglichen werden. Es handelt sich um die Damesplan. Nun aber die Gegenfrage: Hat Frankreich seine Verpflichtungen erfüllt? Die Präambel zu Teil 5 des Friedensvertrages bestimmt, daß der deutsche Währungsautomatismus die der anderen zu folgen hat. Paul-Boncour hat in Genf das ausdrücklich anerkannt, wie es ja auch in dem Notenwechsel von Locarno nicht bestritten worden ist. Statt dessen hören wir nun immer wieder, daß Frankreich gewappnet kein muß und sehen, wie es jeden ehrlichen Versuch zur Verminderung der Heeresstärke bewußt sabotiert. Die englische Frage des politischen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz, ob Deutschland das etwa zum Anlaß nehmen wolle, sich vom Friedensvertrage loszulösen, ist von uns verneint worden, doch besteht nicht der mindeste Zweifel darüber, daß Vertragsuntreue des einen Partners, dem anderen zur Aufhebung des Vertrages berechtigt. Ebenso steht es mit dem Artikel 431, der uns die frühere Räumung der Rheinlande zugesichert. Es sind ja gerade jetzt Schritte in Vorbereitung, um diese Frage wieder aufzurollen, doch ist leider anzunehmen, daß es bei einer Abschonung bleibt. Die Herausziehung einiger Regimenter aus dem Rheinland, die Bevölkerung Friedensvertrages sollte in

vor einer Entscheidung von heute einige Zeit der Ruhe haben, was Kabinettsreisen der Weisheit wegen so wenig notwendig ist. Die Frage durch die Abstreitung der Abstreitung ist gar nicht gleichgültig. Die Differenzen zwischen uns und den Deutschen sind so groß, daß sie unüberbrückbar sind. Die demokratische Partei hat sich entschlossen, daß sie sich nicht am Reichstag beteiligen wird, und daß es darüber auch zu einem Bruch in der jetzigen Koalition des Reichstages kommt. Sehr ängstlich soll man diese Dinge nicht betrachten, weil die Möglichkeit einer Neubildung gar nicht vorhanden ist, da hier sich die Volkspartei verlagern muß. Eine Landtagsauflösung kann immerhin in Betracht kommen, doch fürchten wir sie nicht. Ebenso wie wir eine Neubildung im Reich zur Klärung für notwendig halten. Um das Bild der Demorentheit zu vervollständigen, braucht man auch nur auf die Meinungsverschiedenheiten in den außenpolitischen Fragen hinzuweisen, wo Zentrum und Volkspartei gegen die Deutschnationalen zusammenfallen. Die ständigen Angriffe der Rechten gegen die bisher geübte Politik dürfen auch Herrn Marx zu der Erkenntnis bekehrt haben, daß man mit Mostar und Genossen gemeinsam nicht den Weg von Thoiry und Locarno weiter beschreiten kann. So drängt alles zu einer gewaltsamen Lösung.

Richard Marx.

